



EUROPA-AKTUELL

Reimer Böge

Mitglied des Europäischen Parlaments

Januar 2010



Liebe Leserinnen und Leser,
das Jahr 2009 endete für die europäische Union mit dem Eintritt in eine neue Ära. Mit dem Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages am 1. Dezember und den damit verbundenen Neuerungen ist die EU weiter zusammengewachsen. Dies wird nicht zuletzt durch die beiden neuen Spitzenämter offensichtlich. Mit der Benennung des ehemaligen belgischen Premiers Herman Van Rompuy zum ständigen Ratspräsidenten und der Britin und ehemaligen EU-Handelskommissarin Catherine Ashton als Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik wurden zwei Persönlichkeiten ausgewählt, die der europäischen Öffentlichkeit weitgehend unbekannt sind. Ich bin mit der Entscheidung zufrieden, da beide als ausgesprochene Europäer gelten. Van Rompuy genießt den Ruf eines Konsensmenschen und exzellenten Vermittlers und seine Kollegin Ashton verfügt über einen großen politischen Erfahrungsschatz.

Zudem freut es mich, dass beide Kandidaten bereits angekündigt haben, eng mit dem Europäischen Parlament zusammenarbeiten zu wollen, was der Zusammenarbeit in Anbetracht der hinzugekommenen Kompetenzen des Parlaments dienlich sein wird. Die Rolle der beiden Ämter in der europäischen Politikgestaltung und damit die Wahrnehmung der EU im Inneren und der Welt wird nun entscheidend von der Ausfüllung der Ämter abhängen. Nach der Entscheidung über die Spitzenämter steht zu Beginn Anfang Januar 2010 die Anhörung der designierten Kommissare, einschließlich Baronin Ashton, von Amts wegen Vize-Kommissionspräsidentin, im Parlament an. Die Abgeordneten werden die einzelnen Kandidaten auf ihre fachliche Eignung prüfen und anschließend über das Kollegium abstimmen. Sofern das Parlament und der Rat die neue Kommission bestätigen, kann diese im Februar ihre Arbeit aufnehmen und ihren Beitrag zu den besonderen Herausforderungen unserer Zeit leisten.

Mit den besten Wünschen für ein gesundes und gesegnetes Jahr 2010

Ihr
Reimer Böge

Ausgewählte Themen der letzten Plenartagungen in Straßburg:

Reform des Telekommunikationsrechts

Nach mehr als zweijährigen Verhandlungen mit dem Rat und der Kommission hat das Parlament am 24.11.2009 das so genannte "Telekom-Paket" verabschiedet. Mit den darin enthaltenen fünf Richtlinien sollen die Verbraucherrechte und der Wettbewerb in der Telekommunikationsbranche gestärkt werden. So haben die Verbraucher bald Anspruch auf einen Anbieterwechsel innerhalb eines Werktages unter Beibehaltung ihrer Telefonnummer. Weiterhin werden die Mindestlaufzeiten von Verträgen auf höchstens 24 Monate begrenzt und Anbieter verpflichtet, Verträge mit 12 Monaten Laufzeit anzubieten. Der Staat darf künftig nur Maßnahmen zur Beschränkung der Internetfreiheit ergreifen, wenn die Grundrechte der Bürger gewahrt werden und ein solcher Eingriff notwendig, angemessen sowie verhältnismäßig ist. Über Investitionsanreize soll darüber hinaus der Ausbau des Breitbandnetzes erreicht werden. Zur Gewährleistung einer effektiven Regulierung werden die Rechte der nationalen Regulierungsbehörden gestärkt und zusätzlich eine europäische Telekom-Behörde (GEREK) als unabhängiges und beratendes Koordinierungsgremium geschaffen. Weitere Regelungen des Pakets betreffen die Wahrung von Datenschutz, ein verstärktes Mitspracherecht der EU-Kommission, verbesserten Zugang zu Notdiensten, sowie die Verordnung funktionaler Abtrennungen von monopolistischen Anbietern.

Gleiche Kriterien für Statistiken über Pestizide

Künftig gelten europaweit die gleichen Kriterien für Statistiken über Pestizide. Das Europäische Parlament hat dem Vorschlag für eine Verordnung über Statistiken zu Pestiziden zugestimmt, welche Regeln für die Erhebung und Verbreitung von Daten über den Verkauf und die Verwendung von Pestiziden aufstellt. Im Detail wird festgelegt, wie häufig Daten erhoben werden müssen, welche Methoden dafür angewendet werden, welches Format die Datenübermittlung haben soll und wie häufig Meldungen abzugeben sind. Für das Zustandekommen dieser Verordnung war dem Parlament besonders wichtig, dass durch die Regulierung keine zusätzliche Bürokratie entsteht. Die Verordnung gehört zu einem Legislativpaket, in welchem bereits der nachhaltige Einsatz von Pestiziden und das Inverkehrbringen derselben geregelt sind.

Schaffung eines Mikrofinanzierungsinstruments zur Bereitstellung von Krediten für Kleinunternehmen

Arbeitnehmern, die ihren Arbeitsplatz verloren haben oder von einer Kündigung bedroht sind, soll die Gründung eines Unternehmens erleichtert werden. Das Parlament hat der Schaffung des "Europäischen PROGRESS-Mikrofinanzierungsinstruments" zugestimmt, durch welches Personen, die sonst nur schwer an Kredite kommen, Darlehen von bis zu 25.000 Euro für die Gründung oder den Ausbau von Kleinunternehmen erhalten sollen. Hierfür werden über einen Vierjahreszeitraum 100 Millionen Euro bereitgestellt. Die Mittel können von Einrichtungen in den Mitgliedsstaaten, die Mikrokredite für Personen und Kleinunternehmen anbieten, bei der Europäischen Investitionsbank sowie dem Europäischen Investitionsfonds abgerufen werden. Während die Gelder für 2010 aus den Margen des EU-Haushalts kommen sollen, konnten sich die Institutionen noch nicht auf die Herkunft der Mittel für die Jahre 2011-13 einigen. Als Kleinunternehmen gelten Firmen mit bis zu zehn Mitarbeitern sowie unter zwei Millionen Euro Umsatz. Die Maßnahme dient sowohl der Schaffung von Arbeitsplätzen als auch der sozialen Integration. Bevor das Instrument in Kraft treten kann, bedarf es nun noch der Zustimmung von Seiten des Ministerrats.

Verleihung des Sacharow-Preises an die russische Menschenrechtsorganisation „Memorial“

Am 16.12. hat das Europäische Parlament seinen mit 50.000 Euro dotierten "Sacharow-Preis für geistige Freiheit" an die russische Bürgerrechtsorganisation "Memorial" verliehen. Der Preis wurde stellvertretend vom Vorsitzenden der Organisation, Oleg Orlow, deren Mitbegründer Sergej Kowalow sowie der Mitbegründerin der Moskauer "Helsinki-Gruppe" zur Einhaltung der KSZE-Schlussakte und jahrzehntelangen Aktivistin, Ludmilla Alexejewa, entgegen genommen. Memorial wurde 1988 gegründet. Die Organisation setzt sich für die Entwicklung einer freiheitlichen, demokratischen Bürgergesellschaft ein und engagiert sich gegen autoritäre Tendenzen in den postsowjetischen Staaten. In der von ihr erstellten Datenbank sind die Namen von über 1,3 Mio. verfolgten Personen gesammelt. Mithilfe dieses Archivs soll die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit

auf die Schicksale verbunden mit der totalitären Unterdrückung in den post-sowjetischen Ländern gelenkt werden. Der Präsident des Europäischen Parlaments, Jerzy Buzek, sagte anlässlich der Preisverleihung, dass er besonders stolz sei, dass dieses Jahr eine russische Organisation mit dem Preis ausgezeichnet würde. Indirekt würden auch jene Menschen geehrt, die ihr politisches Engagement mit ihrem Leben bezahlt haben und deren Mörder gefasst werden müssten. Kowalow erinnerte in seiner Dankesrede an die jüngsten Mordopfer der Bürgerrechtsbewegung, bekräftigte jedoch auch, dass die Ziele von Memorial die Unterstützung von vielen Russen fänden. Er forderte jedoch auch die EU auf, Russland weiterhin höflich aber nachhaltig darauf hinzuweisen, dass sie auf die Einhaltung der Verpflichtungen bestehe, da die russischen Behörden fehlenden Druck als Nachgiebigkeit deuteten und das Thema von der Tagesordnung nehmen würden.



Bild 1:
Die Preisträger des Sacharow-Preises des Europäischen Parlaments - Oleg Orlow, Ludmilla Alexejeva und Sergej Kowaljow (v.l.n.r.) von Memorial (Foto: Europäisches Parlament)

Pressemitteilungen:

1.) Noch kein grünes Licht für Haushalt des EU-Außenamts

Das Europäische Parlament muss dem Budget für die neue EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton und den von ihr zu leitenden Europäischen Auswärtigen Dienst erst noch zustimmen. Dies sagte der CDU-Europaabgeordnete und Haushaltsexperte Reimer Böge am Rande des ersten Meinungsaustausches des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlaments mit der Hohen Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik.

"Die Verwaltungsausgaben für den Europäischen Auswärtigen Dienst und die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik müssen erst noch über einen Nachtragshaushalt und eine Revision der finanziellen Vorausschau beschlossen werden. Dabei hat das Europäische Parlament als Teil der Haushaltsbehörde das volle Mitspracherecht", betonte Böge. Es wird erwartet, dass die EU-Kommission im Frühjahr einen Vorschlag für einen entsprechenden Nachtragshaushalt vorlegt, dem Parlament und Rat zustimmen müssen.

Der neu zu schaffende Europäische Auswärtige Dienst müsse dabei der vollen parlamentarischen Kontrolle unterliegen, forderte Böge. Dies gelte insbesondere für die mittelfristige Finanzplanung der EU, in der die Prioritäten für die Ausgaben der kommenden Jahre festgelegt werden. Im Zuge des Inkrafttretens des Lissabon-Vertrages muss diese neu verhandelt werden. "Bei der langfristigen Finanzplanung wird das Europäische Parlament auf seine Mitsprachemöglichkeiten auch im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik pochen", so Böge.

2.) "Fortschritte, aber es bleibt viel zu tun" - Reimer Böge zur Vorstellung des Jahresberichts des Rechnungshofs für 2008

Anlässlich des heute im Plenum des Europäischen Parlaments (EP) in Straßburg vorgestellten Jahresberichts 2008 des Europäischen Rechnungshofs (EuRH) durch dessen Präsidenten da Silva Caldeira sieht der CDU-Haushaltsexperte Reimer Böge positive Entwicklungen im Vergleich zu den Vorjahren, jedoch weiterhin Handlungsbedarf.

"Präsident da Silva Caldeiras Ausführungen geben Anlass zu verhaltenem Optimismus", so Böge. "Insgesamt hat sich der Anteil der Ausgaben mit mehr als 5 Prozent Unregelmäßigkeiten von 62 Prozent auf 31 Prozent halbiert. Die im Jahr 2008 erzielten Fortschritte sind in erster Linie auf die besseren Ergebnisse im größten Themenkreis, Landwirtschaft und natürliche Ressourcen, auf den fast die Hälfte der Haushaltsmittel entfällt, zurückzuführen. Erstmals gibt der Hof zu diesem Themenkreis kein negatives Prüfungsurteil ab."

"Manche Zahlen des EuRH sind aber mit Vorsicht zu genießen: Erstmals seit dem Bestehen der EU erfüllt der Agrarbereich die Zuverlässigkeitskriterien. Schaut man sich jedoch die Zahlen genauer an, so zeigt sich, dass es sich um den europäischen Durchschnittswert handelt. Es gibt weiterhin eklatante Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten." So weist beispielsweise Deutschland eine Fehlerquote von 0,3 Prozent auf, so Böge. Bulgarien und Rumänien lägen mit einer Fehlerquote von über 13 Prozent am Ende der Skala. "Der Durchschnittswert verdeckt nun die Problemländer, auch wenn er insgesamt in die richtige Richtung geht. Da brauchen wir genauere, intelligentere und zielgerichtetere Kontroll- und Managementsysteme, die auf die Schwachstellen hinweisen und gleichzeitig eine praxisnähere Umsetzung von Cross Compliance beinhalten."

Die Hauptprobleme bei der Vergabe von EU-Geldern lägen weiterhin bei Projekten im Rahmen der Strukturfonds. "Bei einem Drittel der Projekte zeigten sich 2008 Irrtümer und Unregelmäßigkeiten und ca. 102 Mrd. Euro wurden seit Beginn des aktuellen Finanzrahmens 2007-2013 nicht abgerufen. Ursachen dafür sind: die zu späte Einigung auf die Verordnung, die zu späte Umsetzung der Management- und Kontrollsysteme und viel zu komplizierte Regeln. Sicher müssen die Mitgliedstaaten bei der Bearbeitung der operationellen Programme schneller werden, doch auch die Kommission muss ihre detaillierten Forderungen zurückschrauben. Mikromanagement ist nicht Aufgabe der EU-Kommission."

"Dass der EuRH dem EU-Haushalt keine Zuverlässigkeit erteilt hat, ist angesichts der geschilderten Schwachstellen im EU-Finanzsystem nicht verwunderlich", so Böge abschließend. "In vielen Fällen sind die Fehler eine Folge übermäßig komplexer Regelungen und Verordnungen. Das sagt mittlerweile auch der Rechnungshof. Deshalb bildet Vereinfachung weiterhin ein vorrangiges Ziel. Dass sich der Anteil der Unregelmäßigkeiten weiter reduziert hat, zeigt, dass es bei allen Schattenseiten auch Lichtblicke, besonders im Bereich Landwirtschaft, gibt."

3.) Böge fordert ernsthafte Verhandlungsbereitschaft der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik

Nach dem Abschluss des Haushaltsverfahrens im Dezember stehen weitere Beschlüsse zur Haushaltspolitik der nächsten Jahre auf der Tagesordnung. Nach Artikel 4 & 5 der "Interinstitutionellen Vereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Europäischen Kommission über die Haushaltsdisziplin und die wirtschaftliche Haushaltsführung" (IIV) muss diese Vereinbarung im Einvernehmen zwischen Kommission, Rat und Parlament bei einer Vertragsänderung angepasst werden. So wird der mehrjährige Finanzrahmen vom Rat einstimmig nach Zustimmung des Europäischen Parlaments (EP) mit absoluter Mehrheit beschlossen. Einige Teile der bestehenden IIV werden in die anzupassende Haushaltsordnung auf der Grundlage der Mitentscheidung des EP überführt. Die bestehende IIV wird erneuert und ergänzt werden müssen.

„Zu einer umfassenden parlamentarischen Kontrolle gehört auch die Zuständigkeit des Europäischen Parlaments als Teil der Haushaltsbehörde über das Budget des EAD“, so der CDU-Europaabgeordnete Reimer Böge, Mitglied im Haushaltsausschuss. Dazu müsse der EAD als eigenständige Dienststelle in organisatorischer und haushaltstechnischer Hinsicht in die Verwaltungsstruktur der Kommission eingegliedert werden. "Nur so kann eine vollständige Transparenz gewährleistet werden" erklärte Böge. Weiter betont Böge, dass bei Vertragsänderungen, also auch bei der Errichtung des EAD, eine Anpassung der Interinstitutionellen Vereinbarung über die Haushaltsdisziplin und die wirtschaftliche Haushaltsführung einvernehmlich vorzunehmen ist. "Der

Grundsatz der Aufgliederung der operativen Ausgaben und der Verwaltungsausgaben sollte streng beachtet werden. Bezüglich der künftigen Vorschläge der Kommission zur Änderung der Haushaltsordnung und des Beamtenstatuts muss eine Einigung mit dem Parlament gefunden werden. Dies gilt auch für die notwendige Neuverhandlung des gesamten Kapitels über die Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik in der IIV.

"Die Hohe Vertreterin, die gleichzeitig Vizepräsidentin der EU-Kommission sein wird, ist damit aufgefordert, einen Vorschlag für einen Beschluss über die Organisation und die Arbeitsweise des EAD auszuarbeiten. Diesen Vorschlag wird das EP dann auch auf die finanziellen Aspekte im Rahmen des Haushaltsverfahrens prüfen. Bei allen Fragen empfiehlt es sich, frühzeitig eine politische Einigung mit dem Europäischen Parlament herbeizuführen, um zu vermeiden, dass nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon aufgrund politischer Kontroversen über die Ausgestaltung des EAD wertvolle Zeit verloren geht."

Das Kapitel zur Finanzierung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik wird komplett neu verhandelt werden müssen. Dabei spielt nicht nur der Vorschlag der Hohen Beauftragten zum Europäischen Auswärtigen Dienst und die damit einhergehende Stellungnahme des EP eine Rolle. Dazu gehört auch die Verständigung über den angepassten Finanzrahmen einschließlich der Bestimmungen zum reibungslosen Ablauf der Haushaltsverfahren und der Garantie der Parlamentsrechte als Teil der Haushaltsbehörde.

Bei den Verhandlungen über die Aufteilung der Zuständigkeiten des Auswärtigen Dienstes und der Kommission geht es auch um die Zukunft der außenpolitischen Programme wie z.B. dem Entwicklungsinstrument (DCI), dem Nachbarschafts- und Partnerinstrument, dem Stabilitätsinstrument, dem Instrument für Demokratie und Menschenrechte usw. Es handelt sich schon jetzt um Programme die mehrheitlich in der Mitentscheidung des EP liegen. Daraus folgt, dass gegebenenfalls über diese Inhalte und Zuständigkeiten neu verhandelt werden muss.

Kommission und Rat und die Hohe Beauftragte können nicht im Alleingang die inhaltlichen, organisatorischen und Fragen ohne Mitwirkung und Mitentscheidung des EP klären.

4.) Europäisches Parlament und Rat einigen sich auf EU-Haushalt 2010

Das Europäische Parlament und der EU-Ministerrat haben sich gestern Abend auf den EU-Haushalt 2010 geeinigt. Damit ist die Finanzierung des EU-Konjunkturpakets (1,98 Milliarden Euro) sowie der mit jetzt 300 Millionen Euro ausgestattete Milchfonds gesichert, so der CDU-Haushaltsexperte Reimer Böge. Insgesamt soll der EU-Haushalt im kommenden Jahr 122,9 Milliarden Euro an Zahlungsermächtigungen beinhalten.

"Das Europäische Parlament konnte sich in den Verhandlungen über den EU-Haushalt 2010 in wichtigen Kernpositionen durchsetzen. Die von der EU-Kommission vorgeschlagenen konjunkturfördernden Massnahmen werden im nächsten Jahr mit 1,98 Milliarden Euro ausgestattet. Mit diesem Geld wird die EU den Ausbau der Energienetze sowie die Gewinnung alternativer Energie zum Beispiel über Windparks vor den Küsten unterstützen. Darin enthalten sind auch 420 Millionen Euro, mit denen die Breitbandnetze für schnelles Internet im ländlichen Raum ausgebaut werden", so Böge.

Der Ministerrat hat darüber hinaus der vom Europäischen Parlament verlangten Unterstützung für die Milchbauern in Höhe von 300 Millionen Euro zugestimmt. "Dies ist eine wichtige Hilfe für die Milchbauern in Europa. Ohne die harte Verhandlungsführung des Europäischen Parlaments und der erfolgreichen Zusammenarbeit von Haushalts- und Agrarausschuss hätten diese Mittel nie die Zustimmung von Kommission und Rat gefunden", so Böge.

Nun könne der Haushalt 2010 wie vorgesehen im Dezember 2009 vom Plenum des Europäischen Parlaments gebilligt werden. Als nächsten Schritt danach kündigte Böge die Neufassung der mittelfristigen Finanzplanung an. Dies wird durch das Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages am 1. Dezember 2009 nötig. Künftig muss der mehrjährige Finanzrahmen vom Rat einstimmig nach Zustimmung des Europäischen Parlaments mit absoluter Mehrheit beschlossen werden. Die bestehende Haushaltsvereinbarung werde angepasst und erneuert werden müssen.

Das Kapitel zur Finanzierung der EU-Außen und Sicherheitspolitik wird komplett neu verhandelt werden müssen, so Böge. Dabei spielt nicht nur der Vorschlag des Hohen Vertreters zum Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) eine Rolle. Auch die Verständigung über den angepassten Finanz-

rahmen einschließlich der Bestimmungen zum reibungslosen Ablauf des Haushaltsverfahrens und der Garantie der Parlamentsrechte müssen neu verhandelt werden.

Bei den Verhandlungen über die Aufteilung der Zuständigkeiten des Auswärtigen Dienstes und der Kommission geht es auch um die Zukunft der außenpolitischen Programme, die schon jetzt mehrheitlich in der Mitentscheidung des Parlaments liegen. "Kommission und Rat sowie der Hohe Vertreter können also nicht im Alleingang die inhaltlichen, und organisatorischen Fragen des Europäischen Auswärtigen Dienstes ohne die Mitwirkung und Mitentscheidung des Europäischen Parlaments klären", so Böge.

Neue Rubrik "Wahrheit und Legenden"

Künftig werden an dieser Stelle Themen aufgegriffen, die seitens der Bürger an mich herangetragen wurden und die meiner Meinung nach von allgemeinem Interesse sind.

Erleichterung des grenzüberschreitenden Zahlungsverkehrs in der EU

Hintergrund

Einige Medien haben in ihrer Berichterstattung zum Inkrafttreten der *Verordnung über grenzüberschreitende Zahlungen in der Gemeinschaft* am 1. November 2009 deren Inhalte sowie den Hintergrund falsch oder missverständlich dargestellt.

Richtigstellung

Aufgrund der Zunahme des innereuropäischen Zahlungsverkehrs möchte die EU dessen Sicherheit und Effizienz erhöhen. Darum treibt sie seit Jahren die Schaffung eines einheitlichen europäischen Zahlungsverkehrsraums (SEPA) voran. In dem die EU-Mitgliedsstaaten, Norwegen, die Schweiz und Liechtenstein umfassenden Raum soll der grenzüberschreitende Zahlungsverkehr denselben Bedingungen wie der inländische unterliegen. Zu diesem Zweck wurden seit dem Jahr 2001 diverse Gesetze verabschiedet.

Die o.g. Verordnung betrifft allein die Gebühren für elektronische Zahlungen: nachdem bisher Überweisungen und Zahlungen mit Kredit-, Bank-, oder EC-Karte ins Ausland nicht mehr kosten durften als im Inland, wurde diese Regelung nun auf Lastschriftverfahren ausgeweitet und stellt damit einen Nutzen für die Verbraucher dar.

In den Medien wurde diese Neuerung häufig im Zusammenhang mit der Abschaffung der Kontonummern/Bankleitzahlen zugunsten der IBAN/BIC-Nummern und den damit verbundenen, hohen Kosten behandelt.

Wahr ist, dass die Umstellung der Bankverbindungen mittelfristig erfolgen soll, allerdings gibt es hierfür keinen Stichtag. Außerdem ändert sich für den Bankkunden mit der Umstellung nichts Grundlegendes. Er muss einmalig seine Einzugsermächtigungen und Daueraufträge ändern und sich statt bisher zwei Kontoverbindungen nur noch eine allgemeingültige Verbindung merken. Auf die Banken kommen durch die Umstellung zwar *einmalige Investitionskosten* zu, die in Milliardenhöhe beziffert werden. In Anbetracht *jährlicher Einsparungen* von 50 bis 100 Mrd. € (Hochrechnung der Kommission) durch die Vermeidung von Falschbuchungen und Verzögerungen verursacht durch unterschiedliche nationale Systeme erscheinen diese Kosten aber als tragbar.

Terminauswahl:

04.11.2009	Sitzung des HH-Ausschusses des Europäischen Parlaments in Brüssel
11.11.2009	Diskussionsveranstaltung des Verbands Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) Treffen mit Haushaltskommissar Semeta, Generaldirektor Jouanjean, Vors.

	des HH-Ausschusses Lamassoure und dem stv. Vors. Dehaene
12.11.2009	Treffen mit dem Vors. des Haushaltsausschusses, Lamassoure, und dem EVP-Koordinator Garriga in Brüssel
16.11.2009	Sitzung des HH-Ausschusses des Europäischen Parlaments in Brüssel
17.11.2009	Vorstand der CDU/CSU-Gruppe in Brüssel
18.11.2009	Verhandlungen zum Haushalt 2010 mit Rat und Kommission in Brüssel
25.11.2009	Fraktions-sitzung der EVP in Straßburg
10.11.2009	Gespräch mit Thomas Eckert, Referatsleiter Europa, Auswärtiges Amt in Brüssel "Brüsseler Milchherbst" Abendveranstaltung in Brüssel
11.11.2009	Gespräch mit dem Bund der Deutschen Süßwarenindustrie (BDSI) in Brüssel
17.11.2009	Arbeitskreis Haushalt- und Strukturpolitik in Brüssel
24.11.2009	Fragestunde mit Barroso, Präsident der EU-Kommission, in Straßburg
25.11.2009	Treffen mit dem bayerischen Landwirtschaftsminister Brunner in Straßburg Meinungsaustausch mit Oettinger in der CDU/CSU-Gruppe, Straßburg
27.11.2009	Gespräch mit Waldemar und Rüdiger Behn (Fa. Behn) in Eckernförde
01.12.2009	2. Lesung des Haushalts 2010 im Haushaltsausschuss in Brüssel
02.12.2009	Sitzung des HH-Ausschusses des Europäischen Parlaments in Brüssel Vortrag zum Globalisierungsfond im Beschäftigungsausschuss
03.12.2009	Gespräch mit Staatssekretär Heinz Maurus, Bevollmächtigter des Landes Schleswig-Holsteins beim Bund und der Europäischen Union, Thorsten Augustin, Leiter des Hanse-Office, und Carsten Malzahn, Pressesprecher im Ministerium für Bildung und Frauen in Brüssel Gespräch mit Alexis Galanos, Bürgermeister der zyprischen Geisterstadt Famagusta, in Brüssel
07.12.2009	CDU/CSU-Gruppe in Brüssel
08.-10.12.2009	EVP-Studenten-tage in Bonn
10.12.2009	Erweiterter CDU-Landesvorstand
11.12.2009	Mitgliederversammlung der Europäischen Bewegung in Kiel
14.12.2009	Aussprache Bericht zum Globalisierungs-Fonds in Straßburg
15.12.2009	Treffen mit Kommissar Tajani in Straßburg
16.12.2009	Gespräch mit Mr. Mitchell (Policy Advisor LW-Ministerium W-Australien) Treffen mit Kommissar Semeta Gespräch mit der Eurogroup for Animals
21.12.2009	Gemeinsames Gespräch mit Frau Rodust und Frau Reimers beim Bauernblatt in Rendsburg



Bild 2:
27.11.2009: In Eckernförde diskutierte Reimer Böge mit Waldemar und Rüdiger Behn vom Spirituosenhersteller Behn die EU-Spirituosenverordnung, den Vorschlag für eine neue Lebensmittelkennzeichnungsverordnung sowie andere für den Familienbetrieb relevante Themen wie den Lissabon-Vertrag und die europäische Gesundheitspolitik.



Bild 3:
03.12.2009: Gespräch zu den Herausforderungen der schleswig-holsteinischen Politik in Brüssel. Reimer Böge mit Thorsten Augustin, Leiter des Hanse-Office, Staatssekretär Heinz Maurus, Bevollmächtigter des Landes Schleswig-Holsteins beim Bund und der Europäischen Union und Carsten Maltzahn vom Ministerium für Bildung und Frauen (v.l.n.r.).



Bild 4:
11.12.2009: Reimer Böge zu Gast bei der Europäischen Bewegung Kiel. Diskutiert wurden der Lissabon-Vertrag sowie damit verbundene Chancen und Neuerungen.

Für weitere Informationen:
<http://www.reimerboege.de>
<http://www.epp-ed.eu/home/de/default.asp>
<http://www.europarl.ep.ec/>

"Reimer Böge vor Ort" - alle Termine in Schleswig-Holstein + Karte auf einen Blick. unter:
http://www.reimerboege.de/vor_ort

Impressum:
 Verantwortlich i.S.d.P. für diese Seiten:
 Claudia Rubach
 Tel: 00322/ 2847326
 Fax: 00322/ 2849326
 Email: claudia.rubach@europarl.europa.eu
 Internet: <http://www.reimerboege.de>

Europäisches Parlament
 Rue Wiertz - ASP 15 E 252
 B - 1047 Brüssel

Tel: 0032-2-2845326
 Fax: 0032-2-2849326
 Email: rboege@europarl.eu.int

Europabüro Reimer Böge, MdEP
 CDU-Landesverband
 Sophienblatt 44-46
 D - 24114 Kiel

Tel.: 0431- 6 60 99 25
 Fax: 0431- 6 60 99 27
 Email: info@reimerboege.de
 Internet: www.reimerboege.de